

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

8/XXV/47

Bonn, den 11. März 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	<u>Seinem Auftrag gerecht geworden</u> Abschied von Botschafter Seydoux Von Prof. Dr. Carlo Schmid, MdB, Koordinator für die deutsch-französische Zusammenarbeit	62
3	<u>Ein hochgeschätzter Gast</u> Schwedens Ministerpräsident Olof Palme in Bonn	40
4	<u>Der neue Wehrbeauftragte</u> MdB Fritz-Rudolf Schultz ist kein Senkrechtstarter	43
5	<u>Städtebauförderung</u> Zum neuen Gesetzentwurf der Bundesregierung Von Fritz-Joachim Gnädinger, MdB, Konstanz	43

Seinem Auftrag gerecht geworden  
-----  
Abschied von Botschafter Seydoux

Von Prof. Dr. Carlo Schmid, KdB,  
Koordinator für die deutsch-französische Zusammenarbeit

In diesen Tagen verläßt ein Mann Deutschland, der sich um die Aussöhnung Deutschlands und Frankreichs besondere Verdienste erworben hat: François Louis Auguste Seydoux Fournier de Clausonne, Botschafter Frankreichs in der Bundesrepublik.

Im allgemeinen pflegen Diplomaten in den Ländern ihres Wirkens rasch vergessen zu werden. Man betrachtet sie als Beamte, die den Weisungen ihrer Regierungen gemäß im Wege von Verhandlungen von der Regierung, bei der sie akkreditiert sind, ein Höchstmaß von Konzessionen zu erreichen versuchen; in einer Zeit, da die entscheidenden Dinge von den Regierungschefs - oder zumindest von den Außenministern - auf "Gipfelkonferenzen" ausgehandelt werden, kann dies auch nicht gut anders sein. Soll ein Diplomat im Gedächtnis des Volkes, bei dem er sein Land vertritt, weiterleben, so muß es sich schon um einen Botschafter anderer Art handeln, als ihn das gängige Klischee dem Betrachter darzubieten pflegt: Er muß einiges höchst Persönliches mitbringen, durch das hindurch das Humane, ohne das Politike, die aufs Wesentliche geht, nicht möglich ist, so weit und so stark ausstrahlt, daß es den politischen Auftrag, in dessen Zeichen er das Geschäft des Diplomaten besorgt, prägt und als Ausdruck der Vernunft und des Mitmenschlich-beteiligt-Seins an dem, was uns angeht, erscheinen läßt.

Einer dieser seltenen Botschafter ist François Seydoux de Clausonne bei uns gewesen. Die Delikatesse, mit der er schwierige Situationen anfaßte und als im Grunde leicht lösbare Probleme erscheinen ließ, wenn man nur hüben und drüben geneigt war, das Beiwerk falschen Bewußtseins zu entfernen, hat ihn zu einem Meister der diplomatischen Kunst gemacht, die nur von Ignoranten für eine Technik des Täuschens und Verunklarens angesehen wird, während sie in Wirklichkeit darin besteht, aus dem emotionalen Beiwerk den harten Kern herauszu-

schälen, der beiden Seiten klarmacht, worum es eigentlich geht, und so das Unmögliche vom Möglichen in der eigenen und in der fremden Position trennt und das rationale Ja oder ein rationales Nein erzwingt oder einen Kompromiß möglich macht, der *k e i n* fauler Friede ist und *k e i n e r* der beiden Seiten eine Demütigung zumutet. Vor allem aber war der scheidende Botschafter tief durchdrungen davon, daß der Mann, der seine Regierung über die Verhältnisse in dem Land seines Wirkens zu informieren hat und der dazuhin auch der Bevölkerung dieses Landes die Politik seiner Regierung verständlich machen muß, ins Volk gehen muß, um zu hören, wie die Leute denken, was sie fürchten, was sie erhoffen.

Es wird wenige Diplomaten gegeben haben, die so unermüdlich durch unser Land gereist sind wie dieser Mann, der immer wieder Gelegenheit genommen hat, an den Festen und Feierlichkeiten auch kleinerer Städte teilzunehmen, um Ziele und Methoden der eigenen Regierung erläutern zu können. Überall kannte man ihn und überall hat der Charme und die Menschlichkeit seines Wesens die Krusten durchbrochen, die es so oft dem Geiste und den Herzen so schwer machen, sich dem Fremden unbefangen zuzuwenden.

So konnte das Gespräch zwischen Deutschland und Frankreich zu einem offenen Gespräch werden, dessen Leichtigkeit auf seiner Seite für Lust am bloßen Plaudern zu halten ein großer Irrtum wäre; der Ernst, der auch in Augenblicken des heiteren Gesprächs aus seinen Augen leuchtete, verbot den Zuhörern diesen Irrtum. Und wie konnte dieser Mann im Gespräch bezaubern! Der ganze Schatz der schönen Literatur seines Landes stand ihm zur Verfügung, und jedes seiner Worte traf zur rechten Zeit das rechte Ohr.

Nun wird uns dieser treue Diener seines Volkes und treue Walter der Freundschaft unserer beiden Völker verlassen. Die Palette Bonns wird nach seinem Weggang ärmer geworden sein.

Talleyrand pflegte seinen Botschaftern bei der Abreise zu ihrem neuen Posten zu sagen: Meine Herren, Ihre Aufgabe ist in erster Linie, "de faire aimer la France". Botschafter Seydoux ist diesem Auftrag gerecht geworden.

Ein hochgeschätzter Gast

Schwedens Ministerpräsident Olof Palme in Bonn

sp - Auf Einladung der Bundesregierung ist Schwedens Ministerpräsident Olof Palme am Donnerstag und Freitag in Bonn. Es ist die erste Auslandsreise, die Palme als der Nachfolger von Tage Erlander macht. Erst nach der Bundesrepublik wird Olof Palme auch die Vereinigten Staaten von Amerika besuchen.

Olof Palme hat seine Deutschland-Reise vorweg als den "natürlichen Ausdruck für die enge Verbundenheit zwischen dem schwedischen und dem deutschen Volk" bezeichnet, und er hat die Beziehungen zwischen den beiden Staaten "ausgezeichnet" genannt.

Die Bundesrepublik ist Schwedens größter Handelspartner. Sie nimmt auf der Importseite Schwedens den ersten und auf der Exportseite den zweiten Platz ein. Die von Bonn besonders geförderte Erweiterung der EWG interessiert im EFTA-Land Schweden in hohem Maße. Aber das ist nicht der Hauptgrund für Palmes Bonn-Besuch.

Olof Palme, der mütterlicherseits dem baltendeutschen Adel entstammt, begegnet in Bonn u.a. Bundeskanzler Brandt und dem Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Herbert Wehner, zwei Deutschen, die seinem Land auf eine besondere Weise verbunden sind und die in "dreißig Jahren Schweden" ein Glück für Deutschland sehen würden.

"Dreißig Jahre Schweden" - diese einst von dem CDU-Politiker Franz Meyers aus parteipolitischen Gründen als Schreckformel gemeinte Redensart - wird nicht nur von den heute in Bonn Regierenden als die Umschreibung eines kontinuierlichen Entwicklungsprozesses verstanden, der Schweden zu Wohlstand und sozial vorbildlichen Verhältnissen geführt hat. Olof Palme wiederum ist als ein Schwede der jungen Generation bekannt, der nicht einfach ein großes Erbe verwalten will. Palme sucht sich auch nicht auf seinen persönlichen Verdiensten aus, die er sich speziell um die Bildungspolitik und die Berufsausbildung in Schweden erworben hat. Vielmehr sorgt Olof Palme dafür, daß Schweden "in einer Welt wachsender Solidarität" weiterhin ein Vorreiter bleibt.

Ganz sicher wird Palme in Bonn sich unterrichten wollen über den Stand der Verhandlungen mit den Staaten des Warschauer Paktes. Man wird hierbei eine Übereinstimmung der Grundauffassungen feststellen können.

Olof Palme wird in Bonn als Freund empfangen. Wir sind sicher, daß mit unseren führenden Politikern auch die deutsche Öffentlichkeit dem Gast aus Schweden bestätigt: Hier wird nicht nur die schwedische Politik, hier wird auch das schwedische Volk hochgeschätzt.

+ + +

### Der neue Wehrbeauftragte

MdB Fritz-Rudolf Schultz ist kein Senkrechtstarter

sp - Der neue Wehrbeauftragte Fritz-Rudolf Schultz (FDP) ist kein parlamentarischer Senkrechtstarter. Schon kurz nach dem Kriege entschloß er sich, aktiv an der Gemeindepolitik teilzunehmen. In seinem Heimatort Gau-Bischofsheim in Rheinhessen, wo er heute noch als Landwirt und Winzer den väterlichen Hof bewirtschaftet, soweit es ihm seine Zeit als Parlamentarier erlaubt, hat der am 19. Februar 1917 geborene und bei der Panzerwaffe von 1939 bis 1945 gediente Truppenmajor den Krieg mit der Auszeichnung "Eichenlaub zum Ritterkreuz" und späterer Kriegsgefangenschaft überstanden.

Durch seine Tätigkeit als Gemeinderats- und Kreisratsmitglied gewann er das Vertrauen der Bevölkerung und seiner Partei, der FDP, die ihn 1953 in den Landtag von Rheinland-Pfalz entsandte. 1957 wurde Fritz-Rudolf Schultz, der schon während seiner Zeit als Landtagsabgeordneter Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Außen-, Deutschland- und Sicherheitspolitik der FDP-Bundespartei tätig war, über die Landesliste von Rheinland-Pfalz in den Bundestag gewählt.

Hier hat sich der neue Wehrbeauftragte intensiv aller Fragen unserer Verteidigungspolitik angenommen. Bald lernte man ihn als einen gewissenhaften und fleißigen Abgeordneten kennen, der weniger durch rhetorische Leistungen und überraschende Einfälle, als vielmehr durch seine zuverlässige und mitunter auch hartnäckige Beständigkeit von sich reden machte. Ob seine Partei, die FDP, in der Regierung oder in der Opposition war - stets blieb Schultz ein kritischer Beobachter des Geschehens in der Bundeswehr. Sein Rat und seine Sachkenntnis wurden immer respektiert.

Mit Fritz-Rudolf Schultz ist ein Parlamentarier zum Wehrbeauftragten gewählt worden, der die Truppe vom eigenen Erlebnis her genau kennt und in der späteren Phase des Aufbaus der Bundeswehr nie den engen Kontakt zum Heer verloren hat.

Fritz-Rudolf Schultz gehört jener Generation an, die sofort nach dem Zusammenbruch des Hitler-Reiches den Mut hatte, als verhältnismäßig junger Mensch am Aufbau der neuen deutschen Demokratie mitzuarbeiten. Die Erfahrungen, die er hierbei gesammelt hat, werden ihm sicher in seiner ihm jetzt übertragenen verantwortungsvollen Position von großem Nutzen sein. Seine Bescheidenheit und Unbestechlichkeit bei der Beurteilung gesellschaftlicher und politischer Vorgänge lassen erwarten, daß dieser Mann das in ihn gesetzte Vertrauen rechtfertigen wird.

### Städtebauförderung

Zum neuen Gesetzentwurf der Bundesregierung  
Von Fritz-Joachim Gnädinger, MdB, Konstanz

Am inhaltlichen Widerstand der CDU/CSU ist in der letzten Legislaturperiode des Deutschen Bundestages die Verabschiedung eines modernen Städtebauförderungsgesetzes gescheitert. Die neue Bundesregierung bewies jedoch ihren Willen zur inneren Reform durch die beschleunigte Vorlage eines neuen Gesetzentwurfs; ein Entwurf, der Anregungen und Stellungnahmen zur früheren Regierungsvorlage berücksichtigt und der vom Koalitionspartner FDP mitbeeinflusst ist.

Die Vorschriften des Bundesbaugesetzes waren zugeschnitten auf das Bauen an den Rändern der Städte. Dort kam es vor allem darauf an, einen planerischen Rahmen zu setzen. Diese Konzeption reicht jedoch für die Stadtkernsanierung nicht aus, hier erfordert das öffentliche Interesse nicht nur Bauplanung, sondern auch den alsbaldigen Vollzug dieser Planung.

Die neuen Regelungen des Städtebauförderungsgesetzes gelten nur für das Bauen in Sanierungsgebieten und Entwicklungsbereichen, deren Umgrenzung von den Gemeinden durch eine förmliche Festlegung zu bestimmen ist. Gerade der Begriff des Entwicklungsbereiches war jedoch Gegenstand intensiver Auseinandersetzungen, die zum Ergebnis hatte, daß die neue Vorlage nicht jede Ausdehnung einer Gemeinde als Entwicklungsmaßnahme gelten läßt. Die Kritik des Bauernverbandes am Regierungsentwurf der großen Koalition war Hauptursache für die Eingrenzung dieses Begriffes. Der Bundesrat hat jedoch bei der Beratung des neuen Entwurfs auf eine Ausweitung dessen, was Entwicklungsbereich sein soll, gedrängt. In den Sanierungsgebieten und Entwicklungsbereichen gelten dann die besonderen Regeln des Städtebauförderungsgesetzes, wobei die bodenrechtlichen Vorschriften so ausgestaltet sind, daß eine zügige Durchführung der baulichen Maßnahmen gewährleistet sein soll. Alle dementsprechenden Vorschriften sind erfreulicherweise sowohl in den Koalitionsverhandlungen sowie auch in den Beratungen des Bundesrates im wesentlichen unverändert geblieben. Hierbei muß vor allem auf das gemeindliche Grunderwerbsrecht, an die Anordnung von Baugesetzen und Modernisierungsgeboten und an die Beschleunigung des Enteignungsverfahrens durch die nunmehr mögliche zeitliche Trennung von Entziehung und Entschädigung gedacht werden. Beachtlich sind auch jene Vorschriften, die dämpfend auf die Bodenpreise einwirken sollen.

Ungerechtfertigt sind die Angriffe der Hausbesitzerverbände gegen das Gesetz. "Den Belangen der Eigentümer wird durch den Entwurf im besonderen Maße Rechnung getragen" heißt es in der Begründung zur Regierungsvorlage. Dieser Grundsatz kommt in vielen Einzelbestimmungen des Gesetzes deutlich zum Ausdruck, angefangen von der Verpflichtung der Gemeinde zur Zusammenarbeit mit den Grundstückseigentümern schon im frühesten Stadium der Sanierungsüberlegungen hin bis zum Reprivatisierungsgebot. Die Gemeinden werden durch Gesetz gezwungen, die zur Durchführung der Sanierung erworbenen Grundstücke wieder an die früheren Eigentümer zu veräußern. Etwas weniger sorgsam geht der Entwurf mit den Mietern in den Sanierungsgebieten um. Ein Punkt, der m.E. in der künftigen Diskussion eine größere Rolle wird spielen müssen.